

Hätten Sie's gewusst?



Bildungspolitik. Immer mehr 15-jährige Schülerinnen und Schüler in Deutschland scheitern im PISA-Test an Aufgaben wie der obigen (die Lösung lautet übrigens 37,5 Prozent). Ein wesentlicher Faktor für diese Entwicklung ist, dass diese Kinder in vielen Fällen in bildungsfernen Elternhäusern aufwachsen. Um diesen Nachteil auszugleichen und langfristig Bildungsgerechtigkeit zu schaffen, muss der Staat die bestehenden Förderprogramme deutlich ausbauen, sagt IW-Bildungsexperte Axel Plünnecke im iwd-Interview. —> [Seiten 2-5](#)

Künstliche Intelligenz

Viele Unternehmen in Deutschland sagen, künstliche Intelligenz würde die Produktivität steigern. Ganz von selbst funktioniert das allerdings nicht.

—> [Seiten 10-11](#)

IW-Konjunkturumfrage

Der Kurs von US-Präsident Donald Trump treibt die deutsche Wirtschaft um. Die Unternehmen befürchten vor allem Nachteile im internationalen Wettbewerb.

—> [Seiten 14-15](#)

Abgehängt

Bildungspolitik. In Deutschland wachsen immer mehr Kinder und Jugendliche in bildungsfernen Familien auf. Das hat nicht nur Auswirkungen auf ihre schulischen Leistungen, sondern verschlechtert auch langfristig die beruflichen Perspektiven. Diese Entwicklung ist sowohl individuell als auch gesamtgesellschaftlich problematisch.

Es ist fatal: Die demografische Entwicklung in Deutschland steuert seit Jahren auf eine überalterte Gesellschaft zu, in der die Jungen gegenüber den Alten in der Unterzahl sind. So stehen den rund 13,2 Millionen 55- bis 64-Jährigen, die in den kommenden zehn Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheiden, nur etwa

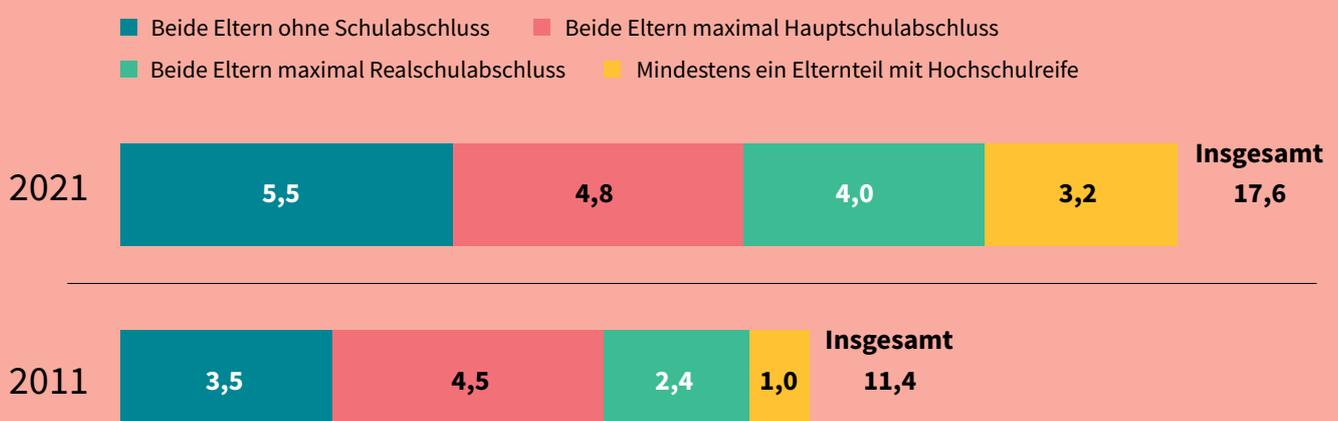
8,5 Millionen 15- bis 24-Jährige gegenüber, die diese Lücke am Arbeitsmarkt füllen müssen. Das allein ist schon schwierig genug, denn wie soll es aufgehen, wenn auf 100 Ältere rein rechnerisch nur knapp 65 Jüngere kommen? Doch richtig knifflig wird es, wenn man bedenkt, dass es eine immer größere

Zahl von Kindern und Jugendlichen gibt, die während des Schulbesuchs nicht die nötigen Kompetenzen für eine erfolgreiche Berufslaufbahn erwerben.

Ein wesentlicher Einflussfaktor für diese Entwicklung ist der sozio-ökonomische Hintergrund der Eltern. So hat ein hoher beruflicher Status

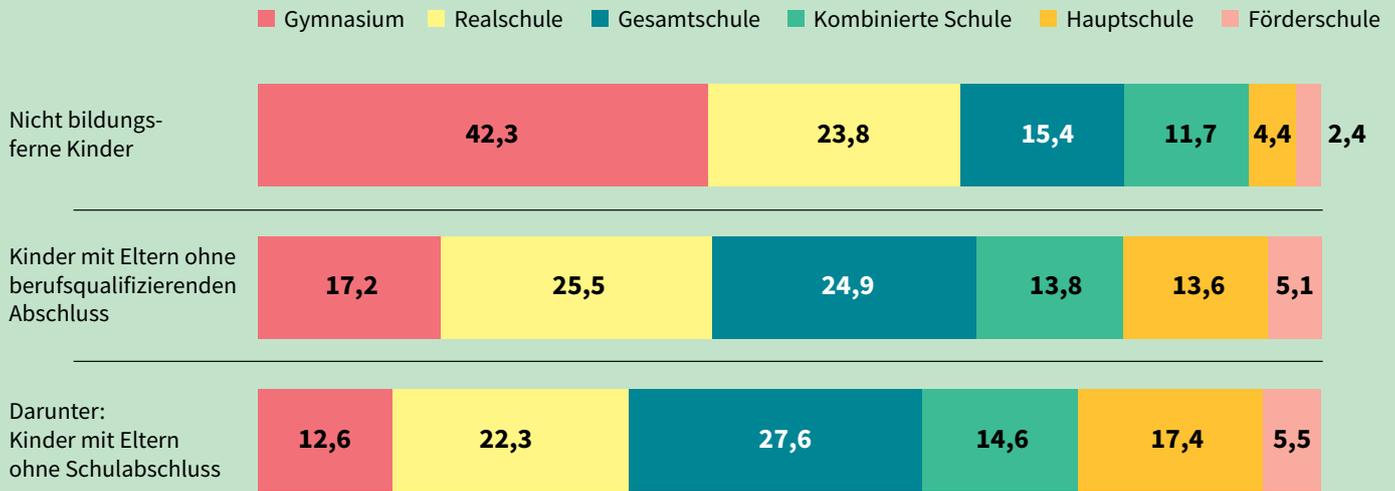
Familien: Mehr Kinder aus bildungsfernen Milieus

So viel Prozent der Minderjährigen in Deutschland hatten Eltern ohne berufsqualifizierenden Abschluss mit diesem Bildungsstand



Schulformen: Die Verteilung

So viel Prozent der Kinder in Deutschland besuchten im Jahr 2021 in der Sekundarstufe I diese weiterführenden Schulen



Ohne Kinder in Orientierungsstufen an Grundschulen
 Gesamtschule: inklusive Waldorfschulen; kombinierte Schule: Kombinationen aus Haupt- und Realschulen wie beispielsweise die Oberschulen in Sachsen
 Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2025 IW Medien / iwd

der Eltern, der eng mit ihrem Bildungsstand verknüpft ist, einen klar positiven Einfluss auf die PISA-Ergebnisse ihrer Kinder. Auch viele Bücher im Haushalt, häufiges Vorlesen oder Erzählen von Geschichten sowie gute Deutschkenntnisse im Elternhaus haben diese Wirkung.

Doch seit einigen Jahren wachsen immer mehr Kinder in Deutschland in bildungsfernen Milieus auf (Grafik Seite 2):

Im Jahr 2021 hatten annähernd 18 Prozent aller Minderjährigen Eltern ohne berufsqualifizierenden Abschluss, 2011 traf dies auf nur rund 11 Prozent zu.

Als noch vulnerabler gelten Kinder, deren Eltern keinen Schulabschluss haben. Der Anteil dieser Kinder ist im betrachteten Zeitraum von 3,5 Prozent auf 5,5 Prozent beziehungsweise 765.000 Personen gestiegen. Insgesamt gibt es in Deutschland annähernd 2,5 Millio-

nen Minderjährige, die in bildungsfernen Familien aufwachsen.

Wer keinen Schulabschluss oder keine Berufsausbildung vorweisen kann, tut sich auf dem Arbeitsmarkt schwer: Rund 40 Prozent der bildungsfernen Kinder und mehr als die Hälfte der bildungsfernen Kinder mit Eltern ohne Schulabschluss hatten im Jahr 2021 Väter und Mütter, die maximal einer geringfügigen Tätigkeit nachgingen. Außerdem wachsen Kinder in bildungsfernen Milieus häufig mit mehr als zwei Geschwistern auf, was oft begrenzte Ressourcen für Lernmaterial, beengte Wohnverhältnisse und wenig Rückzugsmöglichkeiten für konzentriertes Lernen mit sich bringt.

Welche Folgen es hat, wenn Kinder nicht ausreichend gefördert werden und nur geringe Teilhabechancen haben, zeigt ein Blick auf die weiterführenden Schulen (Grafik):

Im Jahr 2021 besuchten nur rund 17 Prozent der Schüler aus bildungsfernen Familien ein Gymnasium. Der Anteil der Schüler, deren Eltern keinen Schulabschluss haben, belief sich sogar nur auf knapp 13 Prozent.

Weit häufiger finden sich Kinder aus bildungsfernen Milieus an Hauptschulen, Kombinationen aus Haupt- und Realschulen sowie an Gesamtschulen.

Vergleicht man die Veränderungen an den weiterführenden Schulen zwischen 2011 und 2021, zeigt sich, dass es sowohl bei den bildungsfernen als auch bei den nicht bildungsfernen Jugendlichen eine starke Verschiebung weg von den Hauptschulen hin zu den Gymnasien gab. Bei beiden Gruppen sind außerdem die Gesamtschulen und die kombi-

nierten Schulen wichtiger geworden, während die Realschulen an Bedeutung verloren haben.

Damit deutet sich zwar eine leichte Verbesserung der Lage der bildungsfernen Kinder und insbesondere der Kinder von Eltern ohne Schulabschluss an, allerdings lässt sich daraus nicht automatisch auf ihre langfristigen Perspektiven schließen: Tatsächlich hat sich das Kompetenzniveau der Schüler in Deutschland in den vergangenen Jahren verschlechtert, wie die jüngsten PISA-Studien gezeigt haben. Im Jahr 2022 galten rund 30 Prozent der 15-Jährigen an weiterführenden Schulen als Risikoschüler in Mathematik, zehn Jahr zuvor waren es nur 17,7 Prozent. Insbesondere an den Gymnasien ist das Leistungsniveau rückläufig. Allerdings haben sich im Jahr 2022 auch die Schulschließungen während der Coronapandemie in den Schülerleistungen bemerkbar gemacht.

Wie stark der Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Status der Eltern – also deren Einkommen und Berufsstatus – und dem Schulerfolg der Kinder ist, zeigt eine IW-Berechnung auf Basis von PISA-Daten (Grafik):

An den 10 Prozent der weiterführenden Schulen, die den ungünstigsten elterlichen Sozialindex aufweisen, erreichen fast zwei Drittel der Schüler nicht die Mindestanforderungen in Mathematik, sind also Risikoschüler.

Am oberen Ende der Skala, in den 10 Prozent der Schulen mit dem günstigsten sozioökonomischen Status der Eltern, beträgt der Anteil der Risikoschüler in Mathematik nicht einmal 4 Prozent.

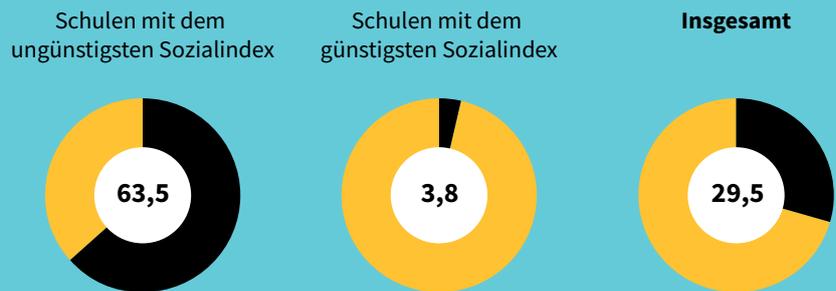
Um langfristig Bildungsgerechtigkeit zu schaffen, wäre eine Ausweitung des bundesfinanzierten Startchancen-Programms, das im vergangenen Jahr mit einer Laufzeit von

Schulkarrieren: Der Elternfaktor

So viel Prozent der 15-jährigen Schüler an weiterführenden Schulen in Deutschland waren im Jahr 2022 Risikoschüler

Ungünstigster Sozialindex: jene 10 Prozent aller Schulen mit besonders ungünstigem sozioökonomischen Status der Eltern

Günstigster Sozialindex: jene 10 Prozent aller Schulen mit besonders günstigem sozioökonomischen Status der Eltern



Risikoschüler: Schüler, die auf Basis der PISA-Ergebnisse in Mathematik im Jahr 2022 höchstens einfache, gut beschriebene Fragestellungen mit vollständigen Informationen beantworten konnten und bei denen man deshalb davon ausgehen kann, dass diese mathematischen Fähigkeiten nicht ausreichend sind, um den Anforderungen einer weiteren schulischen oder beruflichen Ausbildung gerecht zu werden

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

zehn Jahren gestartet ist, sinnvoll. Aktuell ist es für rund 4.000 Schulen – das sind etwa 10 Prozent aller Schulen in Deutschland – ausgelegt und umfasst ein Investitionsvolumen von 20 Milliarden Euro für die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler. Mit diesen Mitteln sollen die bauliche Ausstattung der Schulen modernisiert, ein Chancenbudget für passgenaue Fördermaßnahmen zur Verfügung gestellt und zusätzliches multiprofessionelles Personal an Schulen finanziert werden. Würde man dieses Programm vervierfachen, ließen sich mehr als zwei Drittel der Risikoschüler im Fach Mathematik erreichen und nicht wie bislang nur 22 Prozent.

Das würde sich für Staat und Gesellschaft auszahlen: Nach IW-Berechnungen ergibt sich bei einem Aufwand von 20 Milliarden Euro für das Startchancen-Programm im vorsichtigen Szenario über den Lebenslauf der Schülerinnen und

Schüler berechnet ein fiskalischer Gesamteffekt – durch höhere Steuereinnahmen und geringere Ausgaben für Sozialtransfers – von 56,3 Milliarden Euro. Im optimistischen Szenario wären es sogar 112,6 Milliarden Euro. Bei einer Vervierfachung der Investitionen würden sich die Gesamteffekte entsprechend erhöhen.

IW-Policy Paper 14/2024

Axel Plünnecke: Agenda 2030 für die Bildungspolitik – Herausforderungen der Transformation meistern

Aus IW-Trends 4/2024

Wido Geis-Thöne: Aufwachsen in bildungsfernen Familien – Ergebnisse des Mikrozensus zu Häufigkeit und Folgen

Interview. Das Leistungsniveau an den deutschen Schulen sinkt, die Bildungsungleichheit nimmt zu. Woran das liegt und wie sich das Bildungssystem wieder stärken lässt, erklärt **Axel Plünnecke**, Leiter des Clusters Bildung, Innovation, Migration im IW.

„Wir müssen die Lehrkräfte stärker unterstützen“

Warum haben sich die Leistungen der Schüler in Deutschland in den vergangenen Jahren derart verschlechtert?

Zum einen hat sich die Zusammensetzung der Schülerschaft verändert. Wir haben immer mehr Kinder aus bildungsfernen Haushalten, also mit Eltern, die selbst keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Oft haben diese Kinder zudem einen Migrationshintergrund und sprechen zu Hause nicht unbedingt Deutsch, was es ihnen erschwert, in der Schule dem Unterricht zu folgen oder zum Beispiel Textaufgaben zu verstehen.

Deutschland braucht Zuwanderung – das steht aufgrund des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels außer Frage. Wir müssen das Bildungssystem insgesamt stärken, um zugewanderte Kinder aus bildungsfernen Haushalten besser zu fördern.

Wie kann das funktionieren?

Am besten fängt das schon in der Kita an, besonders wichtig ist dabei die Sprachentwicklung. Um den Kindern dabei gezielt helfen zu können, wären verbindliche Sprachstandserhebungen und -fördermaßnahmen sinnvoll – natürlich spielerisch umgesetzt. Das ist zum Beispiel in Hamburg schon Praxis. Ein Problem dabei ist, dass die Kita-Besuchsquote

von Kindern mit Migrationshintergrund im Alter zwischen drei und sechs Jahren mittlerweile auf unter 80 Prozent gesunken ist. Wir müssen also auch stärker für Kitas werben. Und natürlich dort, wo Kitaplätze nach wie vor knapp sind, das Angebot ausbauen.

Und in den Schulen?

In den Kindergärten wird der Grundstein gelegt, auf dem man in den Schulen aufbauen muss. Um dort die Kinder individuell zu fördern, müssen wir vor allem die Lehrkräfte stärker unterstützen. Das geht durch den Aufbau von multiprofessionellen Teams mit Fachkräften in Bereichen wie Schulpsychologie, Schulsozialarbeit, Integration, aber auch IT. Solche Teams könnten die Lehrkräfte entlasten, sodass diese mehr Zeit für die individuelle Förderung der Schüler haben. Das Startchancenprogramm kann hier helfen und sollte ausgeweitet werden.

Ein weiterer Ansatzpunkt: verbindliche Vergleichsarbeiten. Wenn jede Schule mindestens zwei Vergleichsarbeiten im Abstand von ein paar Jahren schreiben lässt, kann man individuell ermitteln, wie sich die Kompetenzen der Schüler entwickelt haben. So lassen sich Leuchtturmschulen identifizieren, in denen es besonders gute Lernzuwächse gibt. Dann kann man prüfen,



Foto: IW

was sich andere Schulen davon abschauen können.

Wir müssen in Deutschland also insgesamt die Datenlage ausbauen und dann entsprechende Handlungen daraus ableiten.

Hilft dabei die Digitalisierung?

Das hängt vom Einsatz ab. Auf der einen Seite sehen wir in den PISA-Daten, dass Kinder, die mehrere Stunden ihrer täglichen Freizeit mit Social Media verbringen, im Schnitt schlechter abschneiden. Das, was ich morgens im Unterricht lerne, muss sich schließlich noch im Kopf verfestigen und verarbeitet werden. Wenn ich dann durch die permanente Nutzung des Smartphones ständig neue Impulse habe, erschwert das diesen Prozess. So geht auch ein Stück weit die Konzentrationsfähigkeit der Kinder verloren.

Auf der anderen Seite bietet die Digitalisierung durch moderne, innovative Lehrmittel eine große Chance, Kinder zum Lernen zu motivieren. Mit entsprechenden Sharing-Plattformen müsste sich zudem nicht jede Lehrkraft eigenes Material zu einem Thema überlegen und aufwendig vorbereiten. Meine Hoffnung wäre, dass so eine große Auswahl an hochwertigen Lernangeboten verfügbar wird, von der Schulen deutschlandweit profitieren können.

Hungrige KI

Energiebedarf. Der Digitalsektor wächst weltweit – und damit auch der Stromverbrauch. Vor allem Anwendungen, die künstliche Intelligenz nutzen, benötigen viel Energie. Der Fortschritt bei KI könnte auf der anderen Seite aber auch dazu beitragen, Stromerzeugung und -verbrauch effizienter zu gestalten.

Hilfe bei den Hausaufgaben, Unterstützung bei der Arbeit im Büro und in der Fabrik oder einfach nur ein Rezept für einen Auflauf finden: KI-Programme wie ChatGPT lassen sich auf vielfältige Weise nutzen. Doch das Bewältigen einer Anfrage an das Programm – ein sogenannter Prompt – erfordert viel Rechenleistung. Im Durchschnitt verbraucht ein Prompt zehnmals so viel Strom wie eine Google-Suche. Neben diesen variablen Rechenkosten pro Anfrage fällt ebenfalls grundsätzlich ins Gewicht, dass die KI-Tools mit großen Datenmengen trainiert werden. Auch das zieht enorme Rechenkosten nach sich.

Die KI-Programme verarbeiten die Prompts in Rechenzentren. In ihnen sind in der Regel mehrere Tausend Hochleistungschips aneinandergereiht, um die nötige Rechenleistung zu gewährleisten. Je nach Anwendungsbereich fällt die Größe dieser Zentren recht unterschiedlich aus:

Große Rechenzentren haben Kapazitäten von bis zu 100 Megawatt (MW) und benötigen mehrere Zehntausend Quadratmeter Fläche.

Zur Einordnung: Eine heute installierte Windkraftanlage hat eine Kapazität von 5 MW. Meist nutzen große Cloudanbieter, die ihre Dienste vielen Unternehmen bereitstellen, diese Form der Rechenzentren. Kleinere Varianten sind oft nur wenige Hundert Quadratmeter groß und haben Kapazitäten von weniger als einem Megawatt. Auf sie greifen in der Regel einzelne Unternehmen zurück.

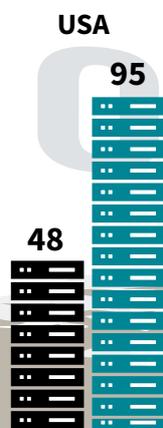
Die Zahl der Rechenzentren und die damit verbundene Gesamtleistung wird in den kommenden Jahren deutlich steigen – auch in der Bundesrepublik (Grafik):

In Deutschland waren im Jahr 2024 Rechenzentren mit einer Kapazität von 2,7 Gigawatt (GW) in Betrieb. Bis 2030 soll sich dieser Wert auf 4,9 GW annähernd verdoppeln.

Rechenkapazität wächst

Rechenkapazität der Rechenzentren in diesen Ländern und Regionen in Gigawatt

■ 2024 ■ 2030



2030: Prognose
Europa: EU plus u. a. Norwegen, Schweiz, Vereinigtes Königreich

Quellen: Bitkom, Borderstep Institut
© 2025 IW Medien / iwd

In den USA und in China geht der Ausbau noch schneller voran. Sie verfügten im Jahr 2024 über Rechenkapazitäten von 48 beziehungsweise 38 GW, die bis 2030 auf 95 beziehungsweise 64 GW steigen sollen.

Wo die vielen neuen Rechenzentren entstehen, hängt maßgeblich von ihrer geplanten Größe ab. Kleine und mittelgroße werden oft in der Nähe ihrer Endnutzer errichtet, um die Latenzzeit, also die Verzögerung bei der Netzwerkkommunikation, zu minimieren.

Für große Rechenzentren sind dagegen niedrige Stromkosten, eine schnelle Internetverbindung und günstige Steuerkonditionen entscheidende Kriterien bei der Wahl ihres Standorts. Ein Beispiel: In Irland entfielen im Jahr 2023 rund 21 Prozent des gesamten Stromverbrauchs auf Rechenzentren. Für die Betreiber waren vor allem die Steuervorteile des Landes sowie seine Rolle als Knotenpunkt für transatlantische Unterseekabel zwischen den USA und Europa attraktiv.

Der erwartete Ausbau von Rechenkapazitäten wird sich allerdings nicht nur in Irland auf den Energiesektor auswirken (Grafik):

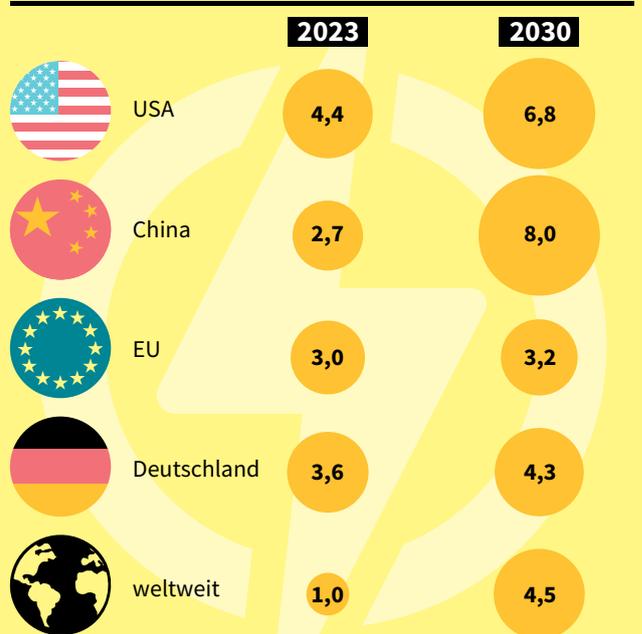
Der Anteil des Stromverbrauchs der Rechenzentren am gesamten Verbrauch könnte in Deutschland von 3,6 Prozent im Jahr 2023 auf 4,3 Prozent im Jahr 2030 steigen.

Noch größer ist der Sprung in China – aus 2,7 Prozent könnten bis 2030 etwa 8 Prozent werden.

Allerdings ist zu erwarten, dass KI-Anwendungen auch dazu beitragen, Strom zu sparen. Sie können zum Beispiel die Energieversorgung effizienter gestalten, indem sie die Stromerzeugung aus Wind- und Solarenergie

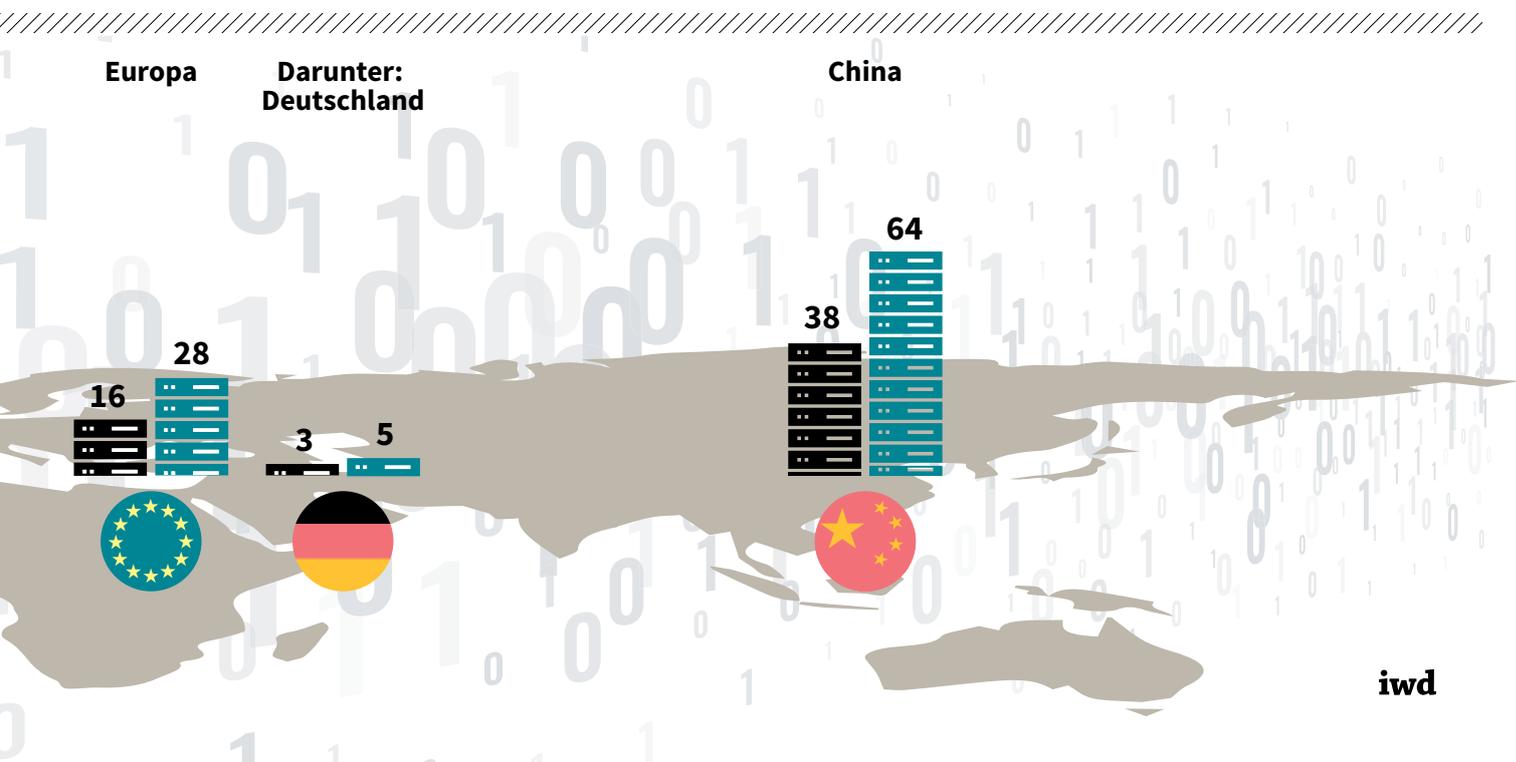
Mehr Strom für Rechenzentren

Anteil des Stromverbrauchs von Rechenzentren am gesamten Stromverbrauch in Prozent



China 2023: Wert für 2022; 2030: Prognose
Quellen: Bitkom, Electric Power Research Institute, EU-Kommission, International Energy Agency, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

besser prognostizieren. Auch in der Industrie bieten KI-Lösungen großes Potenzial – Unternehmen können dadurch Produktionsanlagen energieeffizient steuern, Prozesse automatisieren und den Ressourcenverbrauch minimieren (siehe Seiten 10–11).



Zinsdifferenzen erwartet

Geldpolitik. Nach hohen Inflationsraten in den Jahren 2022 und 2023 ist die Teuerung im Euroraum und in den USA wieder deutlich zurückgegangen. Entsprechend sanken zuletzt die Leitzinsen. Angesichts der unterschiedlichen konjunkturellen Entwicklungen auf beiden Seiten des Atlantiks wird sich das aber wohl nicht weiter parallel fortsetzen.

Steigt die Inflation, steigen auch die Zinsen. Diese Gesetzmäßigkeit war nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine wieder zu beobachten – nicht nur in Europa, sondern auch in den USA. Die Entwicklungen im Vergleich:

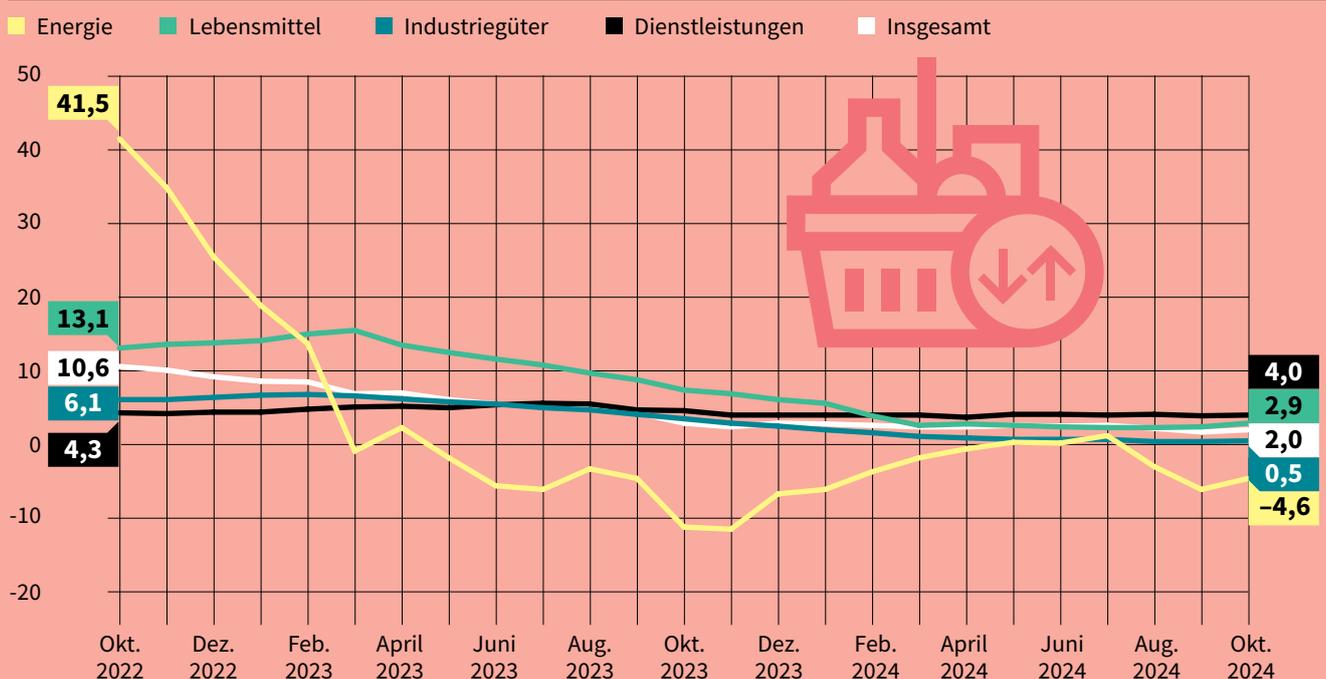
Euroraum. Weil die Preise stark stiegen, erhöhte die Europäische Zentralbank (EZB) den Leitzins deutlich – von vormals 0 auf 4,5 Prozent im Jahr 2023 –, um indirekt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit die Preise zu senken.

Inzwischen hat sich die Inflationsrate in der Eurozone wieder der geldpolitischen Zielmarke von 2 Prozent angenähert.

In den einzelnen Gütergruppen waren allerdings ganz unterschiedliche Trends zu beobachten (Grafik):

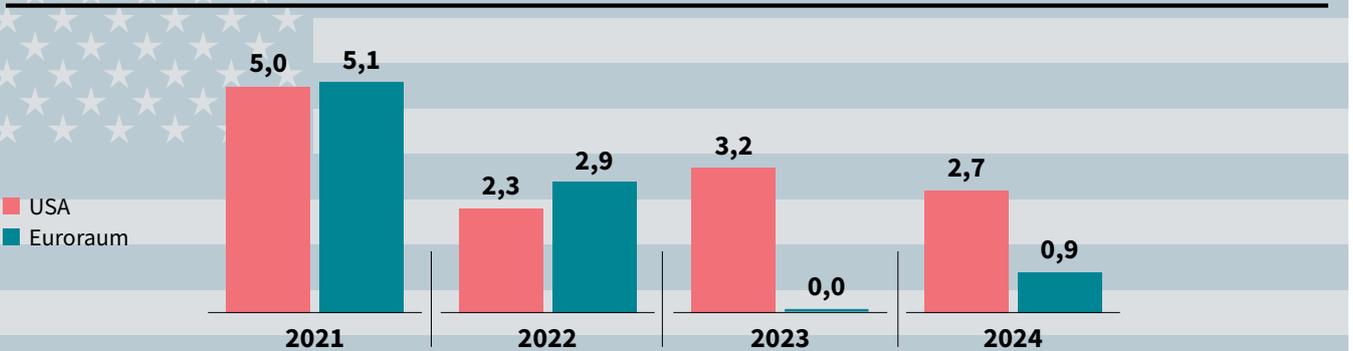
Inflation in der Eurozone

Um so viel Prozent stiegen oder sanken die Preise für diese Güter im Vergleich zum Vorjahresmonat



US-Wirtschaft eilt davon

Um so viel Prozent wuchs das Bruttoinlandsprodukt im 3. Quartal des jeweiligen Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum



Quelle: Macrobond
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

Die stark inflationstreibenden Preise für Energie wie Gas und Öl sind seit 2023 deutlich gesunken.

Dahinter steckt, dass es die Euroländer geschafft haben, ihre vormalige mehr oder weniger starke Abhängigkeit von russischen Gas- und Ölimporten zu überwinden und ihre Energiewirtschaft umzustellen.

Die Preise anderer Warengruppen wie Lebensmittel und Industriegüter gingen im vergangenen Jahr nur noch leicht nach oben.

Es gibt aber nach wie vor auch einen kritischen Bereich: Die Preise für Dienstleistungen steigen weiterhin stärker als geldpolitisch angestrebt. Das liegt vornehmlich an der Lohnentwicklung:

Im dritten Quartal 2024 stiegen die Löhne in der Eurozone um 5,4 Prozent – das war der höchste Quartalswert der vergangenen 25 Jahre.

Die starken Lohnzuwächse spiegeln den unverändert stabilen Arbeitsmarkt wider – die Arbeitslosenquote in der Eurozone lag im Oktober bei historisch niedrigen 6,3 Prozent. Allerdings läuft die Konjunktur in den Euroländern – und ganz besonders in Deutschland – schon seit einiger Zeit auf niedrigen Touren. Im dritten Quartal 2024 lag

das Wachstum im Schnitt des Euro-raums gerade einmal bei 0,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (Grafik). Das wird sich früher oder später auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen. Vor allem der Industriesektor bereitet Sorgen:

Zwischen September 2023 und September 2024 sank die Industrieproduktion in der Eurozone um 2,8 Prozent, in Deutschland betrug das Minus sogar 5,3 Prozent.

Diese negativen Wirtschaftsdaten beeinflussen auch den geldpolitischen Kurs der EZB. Seit 2023 gab zunächst die sinkende Inflationsrate den Takt für die Leitzinsentscheidungen vor. So hat die EZB in mehreren Schritten den Hauptrefinanzierungszins, der bestimmt, zu welchen Konditionen sich Banken bei der Zentralbank Geld leihen können, von 4,5 auf nun 3,15 Prozent gesenkt.

Weitere Zinssenkungen im Jahr 2025 sind durchaus möglich – weil die Preise nur noch langsam steigen, inzwischen aber vor allem, um die Wirtschaft durch günstige Finanzierungsbedingungen zu stützen.

USA. Auf der anderen Seite des Atlantiks verlief die Entwicklung lange Zeit ähnlich. Auch die USA hatten nach dem Kriegsbeginn in der Ukraine mit einer hohen Inflation zu

kämpfen, sie betrug zeitweise mehr als 9 Prozent. Zuletzt zeigte die Kurve aber auch dort nach unten. Dass die Teuerungsrate im vergangenen Oktober mit 2,6 Prozent noch etwas oberhalb des geldpolitischen Ziels von 2 Prozent lag, ist in erster Linie auf die überdurchschnittlich stark gestiegenen Wohnkosten zurückzuführen.

Der rückläufigen Inflation folgte auch die US-Notenbank mit Zinssenkungen. Auf weitere entsprechende Schritte könnten die amerikanischen Währungshüter nun aber vorerst verzichten. Denn anders als im Euroraum zeigt der Konjunkturtrend in den USA klar nach oben:

Die US-Wirtschaft wuchs zwischen dem letzten Vor-Corona-Quartal 2019 bis Ende 2024 um knapp 10 Prozent und machte damit den Einbruch während der Pandemie mehr als wett.

Der Druck, den Leitzins weiter zu senken, um Investitionen anzukurbeln, ist auf der anderen Seite des Atlantiks also wesentlich geringer.

IW-Kurzbericht 4/2025

Markus Demary, Niklas Florian Taft: Geldpolitik in unterschiedlichen konjunkturellen Umfeldern

Kollege Chatbot

Künstliche Intelligenz. Ein guter Teil der Unternehmen in Deutschland gibt an, dass der Einsatz von KI-Anwendungen die Produktivität steigert. Auch viele der vom IW befragten Beschäftigten sehen einen positiven Effekt auf die Arbeitsleistung. Ein Selbstläufer ist der Einsatz von KI allerdings nicht.

Sie schreibt und übersetzt Texte nahezu im Alleingang, wertet immense Datenmengen in Sekundenschnelle aus oder steuert komplexe Fertigungsroboter – künstliche Intelligenz hat in unterschiedlichsten Formen in vielen Unternehmen Einzug gehalten.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob die neuen technischen Möglichkeiten tatsächlich Arbeitsprozesse stets beschleunigen und immer wieder neue Ideen anstoßen – oder der Umgang mit den Tools erst mal Kapazitäten bindet und diese auf-

grund von Fehlern oder mangelnden Kompetenzen der Anwender noch gar nicht effizient genutzt werden.

Zwei aktuelle Umfragen des IW bringen hier ein wenig Licht ins Dunkel:

Unternehmen. Von allen Firmen, die das IW im Rahmen seines Personalpanels im Sommer 2024 befragt hat, erproben 31 Prozent KI-Anwendungen, in weiteren 23 Prozent sind KI-Tools bereits etabliert. Die bisherigen Erfahrungen (Grafik):

Von jenen Unternehmen in Deutschland, in denen KI-Anwen-

dungen schon fest zum Betriebsablauf gehören, berichten knapp 40 Prozent über einen Anstieg der Arbeitsproduktivität.

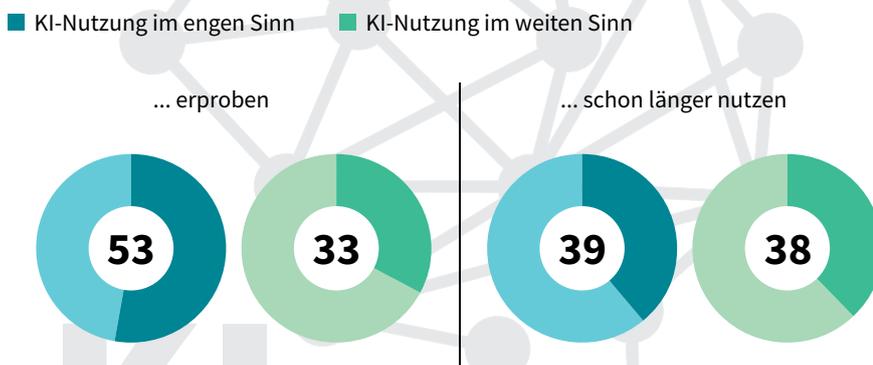
Dieser Anteil unterscheidet sich kaum zwischen den Firmen, die KI im engen Sinn nutzen – also Bilderkennungs-, Sprachanwendungs- oder Texterstellungs-Tools einsetzen –, und jenen Unternehmen, die beispielsweise Big-Data-Analysen zur Prozessoptimierung oder Produktentwicklung durchführen und damit KI (auch) indirekt, also im weiten Sinn, nutzen.

Differenzierter fallen die Antworten jener Personalverantwortlichen aus, in deren Unternehmen KI erst in der Erprobungsphase ist. So sieht gut die Hälfte der befragten Personalverantwortlichen in Unternehmen, die KI-Tools im engen Sinne erproben, bereits einen positiven Produktivitätseffekt. Von den Unternehmen, die ein breiteres Spektrum von KI-Anwendungen testen, berichtet dagegen nur ein Drittel von einem Produktivitätsanstieg. Rechnet man aus dieser Gruppe jene heraus, die die typischen generativen KI-Tools wie Chatbots einsetzen, spricht nur noch jedes achte Unternehmen von einem Produktivitätsplus.

Ein Grund für diese unterschiedlichen Zahlen könnte sein, dass die

Unternehmen: Der Einfluss von KI auf die Produktivität

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland, die künstliche Intelligenz ..., berichten von positiven Effekten auf die Arbeitsproduktivität



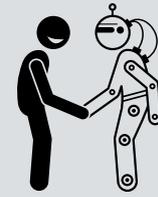
KI-Nutzung im engen Sinn: Unternehmen nutzen Tools zur Bilderkennung, für Sprachanwendungen, zur Texterstellung
KI-Nutzung im weiten Sinn: Zusätzlich oder alternativ bieten Unternehmen z. B. digitale Dienstleistungen an, führen Big-Data-Analysen zur Prozessoptimierung oder Produktentwicklung durch oder lassen Maschinen und Anlagen autonom über das Internet steuern

Befragung von 471 Unternehmen vom 11. Juni bis 31. August 2024 im Rahmen des IW-Personalpanels

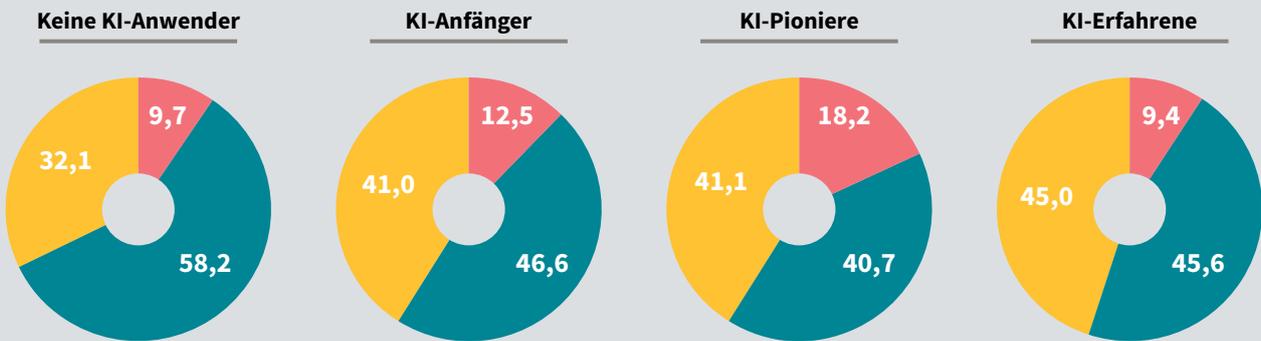
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

Beschäftigte: Wie sich KI auf die Arbeitsleistung auswirkt

So viel Prozent der Beschäftigten in Deutschland mit dieser Erfahrung auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz sagen, ihre Arbeitsleistung sei in den vergangenen beiden Jahren ...



■ ... gesunken ■ ... gleich geblieben ■ ... gestiegen



KI-Anfänger: Alle genutzten KI-Anwendungen sind seit maximal zwei Jahren im Einsatz
 KI-Pioniere: haben sowohl Erfahrungen mit KI-Anwendungen, die vor mehr als zwei Jahren eingeführt wurden, als auch mit solchen, die seit maximal zwei Jahren im Einsatz sind
 KI-Erfahrene: Alle genutzten KI-Anwendungen sind seit mehr als zwei Jahren im Einsatz
 Befragung von 5.060 Beschäftigten im April 2024

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2025 IW Medien / iwd

iwd

neuen Möglichkeiten der generativen KI wie ChatGPT viele Nutzer in Unternehmen begeistern – auch wenn oft unklar ist, ob und wie diese Tools längerfristig zum Geschäftserfolg beitragen können. Denkbar ist, dass sich die Euphorie nach einiger Zeit legt. Das könnte erklären, warum die Produktivitätseinschätzungen jener Unternehmen, in denen KI schon vor längerer Zeit Einzug gehalten hat, verhaltener sind.

Beschäftigte. Eine Auswertung der IW-Beschäftigtenbefragung vom April 2024 zeigt, dass rund 42 Prozent KI im Arbeitskontext nutzen. Am häufigsten verwenden sie Tools zur automatischen Datenverarbeitung und -auswertung sowie solche zur automatischen Texterkennung.

Knapp ein Fünftel der Befragten sind KI-Anfänger in dem Sinne, dass die von ihnen genutzten Anwendungen seit höchstens zwei Jahren im Betrieb eingesetzt werden. Weitere 13 Prozent verwenden sowohl etablierte als auch in jüngster Zeit

eingeführte Tools (KI-Pioniere) und rund 10 Prozent haben mit ihren KI-Tools bereits mehr als zwei Jahre lang Erfahrungen gesammelt (KI-Erfahrene). Routine im Umgang mit KI wirkt sich offenbar darauf aus, inwieweit die Nutzer diese als hilfreich empfinden (Grafik):

45 Prozent der KI-Erfahrenen geben an, ihre Arbeitsleistung sei in den vergangenen zwei Jahren gestiegen – von den Beschäftigten, die KI-Tools (teils) erst seit Kurzem nutzen, sagen dies 41 Prozent.

In der Gruppe der Mitarbeiter, für die KI-Anwendungen im Job keine Rolle spielen, ist der Anteil mit 32 Prozent allerdings noch geringer. Andererseits haben von ihnen nur knapp 10 Prozent den Eindruck, zuletzt unproduktiver geworden zu sein. Dieser Anteil ist bei einigen KI-Anwendern deutlich höher:

Mehr als 18 Prozent der KI-Pioniere sagen, ihre Arbeitsleistung sei in den vergangenen beiden Jahren gesunken.

Möglicherweise liegt das daran, dass in dieser Gruppe zu den schon länger bekannten KI-Anwendungen zuletzt noch weitere Tools hinzugekommen sind, mit denen sich die Mitarbeiter erst vertraut machen müssen. Das kostet Zeit, die für die unmittelbar produktive Arbeit fehlt.

Eine tiefere Analyse der Befragungsdaten zeigt im Übrigen, dass vor allem Akademiker sowie langjährig Beschäftigte mit KI-Erfahrungen besonders häufig den Eindruck haben, ihre Arbeitsleistung sei in den zurückliegenden zwei Jahren gestiegen. KI-Pioniere mit beruflichem Bildungsabschluss geben dagegen signifikant häufiger als Kollegen anderer Qualifikationsniveaus an, ihre Leistung sei zuletzt geringer geworden.

Aus IW-Trends 4/2024

Andrea Hammermann, Roschan Monsef, Oliver Stettes: Produktiver mit KI? Wie Unternehmen und Beschäftigte die Produktivitätseffekte einschätzen

Riskantes Experiment

Argentinien. Seit Javier Milei argentinischer Präsident ist, hat sich die Wirtschaft des Landes stabilisiert und die Inflation ist deutlich zurückgegangen. Der genauere Blick auf weitere geplante Reformen offenbart aber erhebliche Risiken – zumal die wirtschaftliche Erholung aktuell nicht alle Wirtschaftszweige umfasst.

Seit Dezember 2023 ist Javier Milei argentinischer Präsident. Er trat mit dem Versprechen an, die Wirtschaft des Landes zu stabilisieren sowie die enorme Inflation zu

bekämpfen – und er ergriff dafür drastische Maßnahmen. Unter anderem strich er Tausende Stellen im öffentlichen Dienst und kürzte Sozialleistungen sowie Subventio-

nen, beispielsweise für Sprit, Strom und öffentliche Verkehrsmittel.

Nach einem Jahr lässt sich nun eine erste Bilanz ziehen, in welche Richtung sich die argentinische Wirtschaft entwickelt. Das mit Blick auf die volkswirtschaftlichen Bedingungen recht ähnliche Brasilien dient dabei als Vergleichsland für die Entwicklung ohne Mileis Reformen.

Tatsächlich hat der neue argentinische Präsident sein Versprechen wahr gemacht, die Inflation zu senken: Im Schnitt des Jahres 2024 halbierte sie sich nahezu – lag allerdings noch immer über der Marke von 100 Prozent. In Brasilien sank sie im gleichen Zeitraum um gut ein Fünftel auf 3,6 Prozent. Der harte Sparkurs der argentinischen Regierung ging jedoch zulasten des Bruttoinlandsprodukts (Grafik):

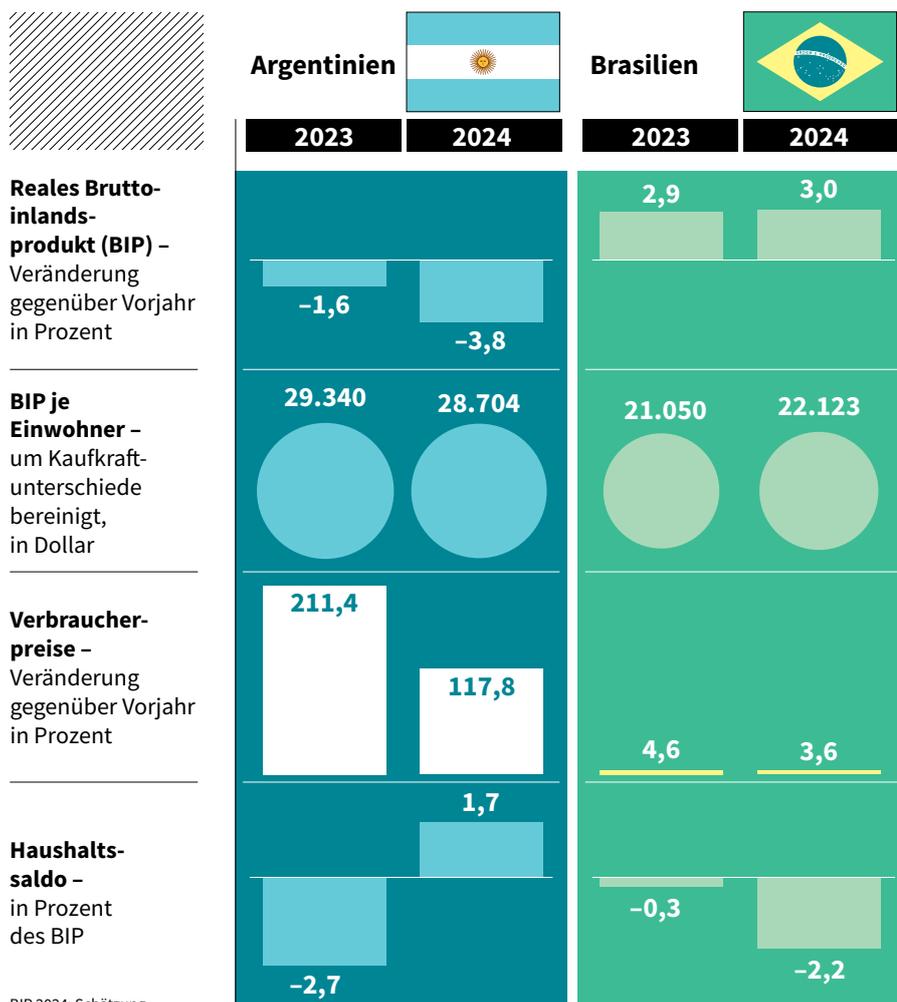
Während das brasilianische BIP 2024 um etwa 3 Prozent wuchs, ging das argentinische um schätzungsweise 3,8 Prozent zurück.

Auch der Blick auf die verschiedenen Wirtschaftszweige in Argentinien zeigt ein gespaltenes Bild (Grafik Seite 13):

Der Rohstoffsektor boomt, die Industrie befindet sich aber weiterhin in der Rezession.

So lag die Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft – mit einem Anteil von 9 Prozent an der gesamten argentinischen Wertschöpfung einer der wichtigsten Wirtschaftszweige des Landes – im dritten Quartal 2024

Argentinien und Brasilien im Vergleich

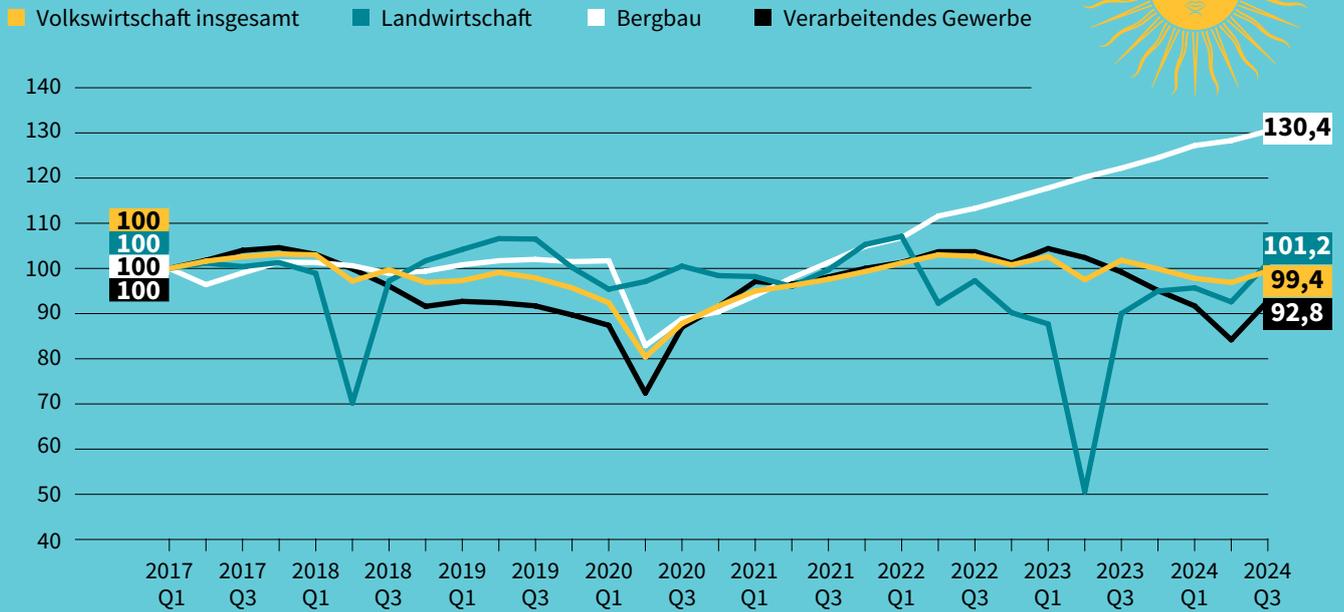
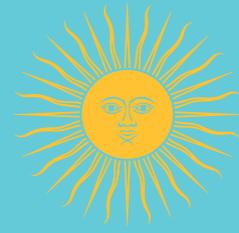


BIP 2024: Schätzung

Quellen: Argentinische Zentralbank, Banco Bilbao Vizcaya Argentaria, Brasilianische Zentralbank, Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística, Instituto Nacional de Estadística y Censos, Internationaler Währungsfonds
© 2025 IW Medien / iwd

Argentinien: Wertschöpfung entwickelt sich unterschiedlich

Saison- und preisbereinigte Wertschöpfung dieser Wirtschaftsbereiche, erstes Quartal 2017 = 100



Bergbau: inklusive Gas- und Ölförderung

Quellen: Instituto Nacional de Estadística y Censos, Macrobond, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2025 IW Medien / iwd

iwd

nur knapp über dem Niveau von 2017, dem letzten Jahr vor Beginn der Rezession im Land. Auch im Verarbeitenden Gewerbe läuft es nach wie vor nicht rund, energieintensive Sektoren wie die Gummi- und Kunststoffindustrie produzierten im Herbst 2024 im Vergleich zu 2017 rund 25 Prozent weniger.

Ganz anders der Bergbau: Der Sektor, zu dem auch die Gas- und Ölförderung gehört, profitiert von den Steuer- und Zollsenkungen für Großinvestitionen ab einer Höhe von 200 Millionen Dollar, die von der Milei-Regierung beschlossen wurden. Durch die neue Regelung stiegen vor allem die Direktinvestitionen aus dem Ausland, insbesondere aus den USA.

Für die Zukunft plant Milei viele weitere Reformen. Ein zentrales Vorhaben ist die „Dollarisierung“ Argentiniens – also der Wechsel vom argentinischen Peso zum US-Dollar

als offizieller Währung des Landes. Damit würde er großen Teilen der heimischen Wirtschaft allerdings eher schaden als helfen und die bestehende Industriekrise weiter verschärfen.

Der Grund: Die Arbeitsproduktivität ist in Lateinamerika deutlich niedriger als in Europa oder den USA, sodass die Produktionskosten der gleichen Güter dort höher ausfallen. Das konnte Argentinien bisher ausgleichen, indem es die heimische Währung abwertet – was dazu führt, dass verstärkt inländische anstelle ausländischer Güter gekauft werden. Dieser Währungsvorteil würde beim Wechsel zum Dollar entfallen, sodass argentinische Industrieunternehmen direkt mit ausländischen Konkurrenten in den Wettbewerb treten müssten. Damit würde das Verarbeitende Gewerbe unter erheblichen Kostendruck geraten und im Zweifel noch weniger produzieren. Genau

das trat zum Beispiel Anfang der 2000er Jahre in Ecuador ein, wo die Industrie nach der Einführung des Dollars als offizieller Währung erheblich an Bedeutung verlor. Einen Ansatz, wie er im Falle einer Dollarisierung die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Sektors steigern will, blieb Milei bislang schuldig.

Um die argentinische Wirtschaft nachhaltig zu stärken, darf Milei die Industrie – seit Jahrzehnten ein wertschöpfungsreicher Wirtschaftssektor, der essenziell für den Arbeitsmarkt des Landes ist – nicht aus dem Blick verlieren. Die Standortbedingungen der Branche müssen dringend verbessert werden, ansonsten droht eine schnell voranschreitende Deindustrialisierung.

IW-Kurzbericht 7/2025

Simon Gerards Iglesias: Argentinien – wirtschaftliche Perspektiven und Risiken des Milei-Experiments

Sorgen made in USA

IW-Konjunkturumfrage. Der neue US-Präsident Donald Trump hat wiederholt ein härteres wirtschaftspolitisches Vorgehen gegenüber dem Ausland angekündigt. Ein beträchtlicher Teil der deutschen Unternehmen befürchtet deshalb Nachteile im internationalen Wettbewerb. Dies gilt vor allem für Industriefirmen. Produktionsprobleme erwarten allerdings nur relativ wenige der Befragten.

Die deutsche und die US-amerikanische Wirtschaft sind eng verflochten. So waren die USA in der ersten Jahreshälfte 2024 zum ersten Mal seit 2015 wieder der wichtigste Partner Deutschlands beim Warenhandel (siehe iwd 22/2024). Für eine Reihe von Industriebranchen hierzulande sind die Vereinigten Staaten der mit Abstand größte Kunde. Aber auch als Ziel für unternehmerisches Kapital liegen die USA vor allen anderen Ländern: 27,5 Prozent aller deutschen Direktinvestitionsbestände entfielen zuletzt auf Standorte zwischen Los Angeles und New York.

Sehr bedenklich sind daher die Signale, dass die neue US-Administration künftig einen konfrontativeren und noch stärker protektionistischen Kurs in der Wirtschaftspolitik verfolgen will. Allein die angedrohten höheren Zollschränken könnten in Deutschland zu einer um bis zu 180 Milliarden Euro geringeren Wirtschaftsleistung führen (siehe iwd 24/2024).

Das treibt auch die hiesigen Unternehmen um, wie eine Befragung durch das IW nach der jüngsten US-Präsidentschaftswahl zeigt. Die Sorgen haben dabei mehrere Ursachen (Grafik):

Rund ein Drittel der deutschen Unternehmen befürchtet starke Wettbewerbseinbußen, weil sie aufgrund der US-Politik künftig einen noch größeren Nachteil bei den Energiekosten haben könnten.

Weitere knapp 40 Prozent teilen diese Sorge in einem moderaten Ausmaß.

Knapp 30 Prozent der befragten Firmen erwarten erheblich schlechtere Absatzzahlen, weil sie davon ausgehen, dass die USA die Weltwirtschaft durch zusätzliche Handelsbeschränkungen schwächen und die allgemeine Unsicherheit erhöhen. Nimmt man noch jene Firmen hinzu, die hier zumindest ein moderates Risiko sehen, ist dieser Aspekt für insgesamt mehr als 80 Prozent der deutschen Unternehmen relevant.

Die drittgrößte Sorge der Unternehmen in Deutschland sind Wettbewerbsnachteile, die aus einer künftigen laxeren Umweltpolitik Donald Trumps resultieren könnten – rund jede fünfte Firma rechnet mit starken, mehr als jede dritte mit mäßigen entsprechenden Auswirkungen.

Mögliche höhere oder neue Einfuhrzölle, mit denen die neue Führung der USA in Deutschland hergestellte Güter belegen könnte, beunruhigen die vom IW befragten Unternehmen dagegen trotz aller Diskussionen offenbar eher wenig. Lediglich 10 Prozent erwarten in dieser Hinsicht starke negative Auswirkungen auf ihre Absatzzahlen, 22 Prozent gehen von moderaten Effekten aus. Das bedeutet im Umkehrschluss:

Gut zwei Drittel der deutschen Unternehmen rechnen nicht damit, dass eine härtere Gangart der US-Regierung in der Zollpolitik die Absatzmöglichkeiten beschränkt.

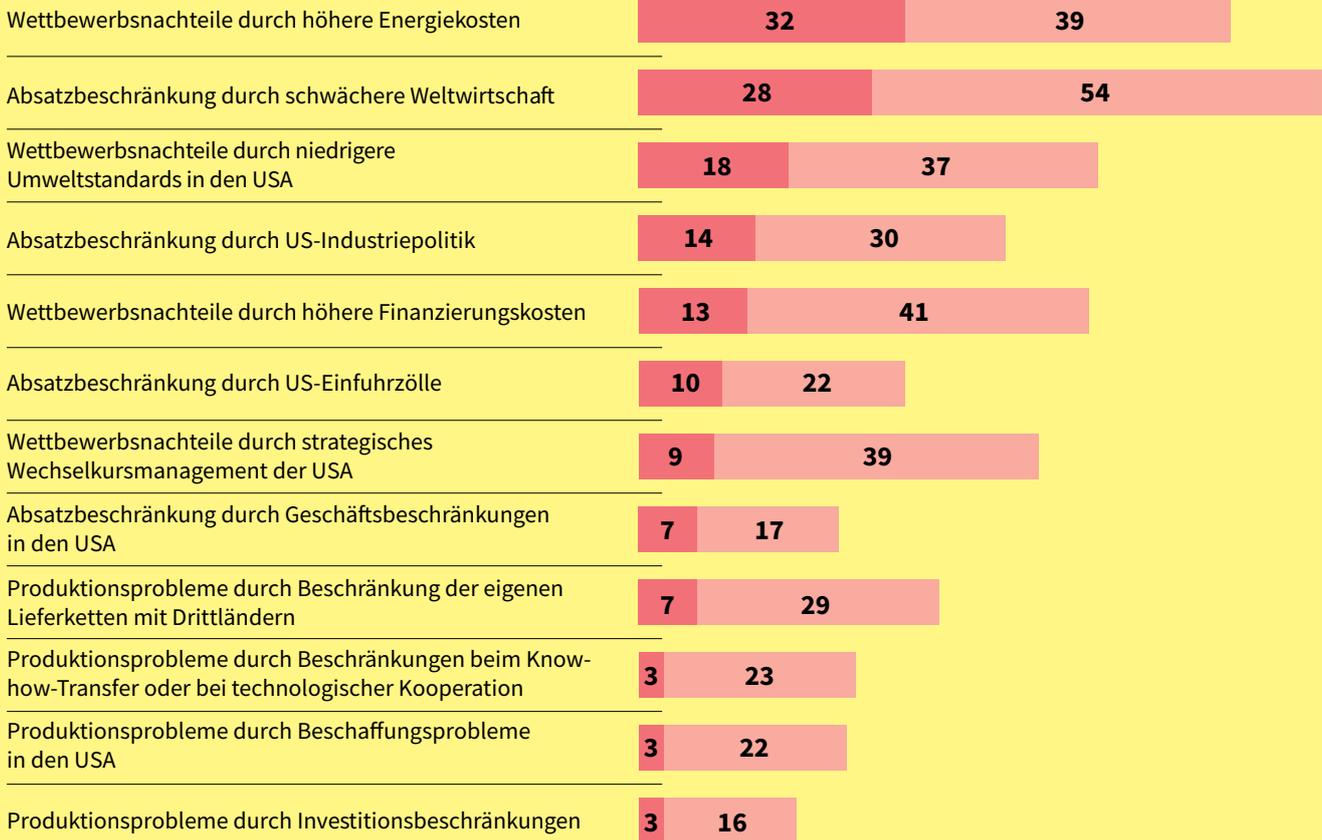
Noch geringer sind die erwarteten Auswirkungen einer veränderten US-Politik auf die Produktion der hiesigen Firmen. Probleme könnten in dieser Hinsicht beispielsweise entstehen, wenn die USA aus sicherheitspolitischen Erwägungen den Warenhandel mit bestimmten Ländern beschränken und dies die Lieferketten deutscher Firmen beeinträchtigt. Doch bei allen vier abgefragten Ursachen für mögliche Produktionsprobleme gab weit mehr als die Hälfte der Unternehmen an, keine entsprechenden negativen Effekte zu befürchten.

Beim Blick auf diese Ergebnisse gilt es allerdings zu beachten, dass viele der befragten Unternehmen – etwa aus der Dienstleistungs- oder Baubranche – überwiegend im Inland oder sogar nur in einer bestimmten Region agieren und daher von den möglichen Änderungen in der US-Handelspolitik kaum oder gar nicht tangiert sind. In der zu großen Teilen stark exportorientierten Industrie sind die Befürchtungen dagegen deutlich größer:

Wie deutsche Unternehmen auf die neue US-Regierung blicken

So viel Prozent der vom IW befragten Unternehmen in Deutschland erwarten durch die erneute US-Präsidentschaft von Donald Trump auf diesen Wegen ... Auswirkungen auf ihre Geschäftsabläufe

■ ... starke ■ ... moderate



Rest zu 100: keine Auswirkungen erwartet;
 Geschäftsbeschränkungen in den USA: z. B. Privileg für US-Firmen bei Staatsaufträgen
 Beschränkung der eigenen Lieferketten mit Drittländern: z. B. weil die USA sicherheitspolitisch motivierte Sanktionen gegen Staaten in Osteuropa oder Asien verhängen
 Beschaffungsprobleme in den USA: z. B. weil für US-Güter Exportkontrollen gelten oder der Zugang zu Hochtechnologie in den USA eingeschränkt ist
 Befragung von 2.051 Unternehmen im November 2024
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2025 IW Medien / iwd

iwd

So erreicht der Anteil der Firmen, die aufgrund eines wachsenden Energiekostennachteils eine stark verschlechterte Wettbewerbsposition erwarten, im Verarbeitenden Gewerbe annähernd 40 Prozent.

Mit deutlich verringerten Absatzchancen infolge einer geschwächten Weltwirtschaft rechnet mehr als ein Drittel der Industriebetriebe. Und immerhin gut jedes fünfte Unternehmen aus diesem Wirtschaftsbereich sieht seine

Wettbewerbsposition durch eine künftig laxere Umweltpolitik der USA stark beeinträchtigt.

IW-Report 2/2025

Michael Grömling: Auswirkungen der neuen US-Regierung auf Unternehmen in Deutschland – Ergebnisse der IW-Konjunkturumfrage

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
 Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · Grafik: IW Medien GmbH
 E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 13,31/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · Abo-Service: Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwmedien@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Wartich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

Zahl der Woche



3.789

Privatschulen gab es im Schuljahr 2023/24 in Deutschland – rund 8 Prozent mehr als zehn Jahre zuvor. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der öffentlichen allgemeinbildenden Schulen um 4 Prozent auf rund 29.000 zurückgegangen.

Damit war laut Statistischem Bundesamt knapp jede achte allgemeinbildende Schule – hierzu zählen alle Schulen, die nicht in einem Berufsabschluss enden – in privater Trägerschaft. Am Anteil der Privatschülerinnen und -schüler hat das indes nichts geändert: Er liegt in Relation zu allen Kindern und Jugendlichen, die an allgemeinbildenden Schulen unterrichtet werden, damals wie heute bei etwa 9 Prozent. Denn zum einen sind private Schulen im Vergleich zu öffentlichen Schulen meist relativ klein, zum anderen unterrichten die öffentlichen Schulen mittlerweile teilweise merklich mehr Schülerinnen und Schüler als früher.

Damit ihr Nachwuchs eine Privatschule besuchen kann, lassen Eltern in der Regel einiges springen: Im Jahr 2020 – neuere Daten gibt es nicht – zahlten Eltern im Schnitt 2.032 Euro pro Jahr und Kind. Mehr als 5.000 Euro Schulgeld machten fast 7 Prozent der Erziehungsberechtigten in der Lohn- und Einkommensteuererklärung geltend, 22 Prozent gaben indes weniger als 500 Euro an Kosten pro Jahr an.

Regional waren die Kostenunterschiede erheblich: In Sachsen war der Privatschulbesuch demnach mit durchschnittlich 1.239 Euro pro Jahr und Kind am günstigsten, in Hessen mit 3.230 Euro am teuersten.

Top-Liste: Inflationsausgleichsprämie

Rund 86 Prozent der Tarifbeschäftigten in Deutschland haben bis Ende 2024 eine Inflationsausgleichsprämie erhalten. Im Schnitt bekamen sie 2.680 Euro überwiesen. Allerdings gibt es zwischen den Branchen eine große Spannweite – sowohl, was die Höhe der Prämie betrifft, als auch mit Blick auf den Anteil der Empfänger an allen Beschäftigten. Den Maximalbetrag von 3.000 Euro erhielten beispielsweise alle Tarifbeschäftigten im Bereich der öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung. Auch fast alle, die in der Branche Erziehung und Unterricht tätig sind, konnten sich über steuer- und abgabenfreie 3.000 Euro mehr im Portemonnaie freuen. Am niedrigsten war die Empfängerquote im Gastgewerbe mit rund 12 Prozent.

Inflationsausgleich: Die Bilanz

So viel Prozent der Tarifbeschäftigten dieser Branchen haben eine Inflationsausgleichsprämie erhalten

■ Durchschnittliche Prämienhöhe in Euro

🏛️ Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	100,0	3.000
🎓 Erziehung und Unterricht	99,3	3.000
⚙️ Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	98,3	2.143
⚙️ Verarbeitendes Gewerbe	97,7	2.777
🏠 Grundstücks- und Wohnungswesen	96,5	2.123
💧 Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	96,2	2.942
🎨 Kunst, Unterhaltung und Erholung	93,3	2.976
🏥 Gesundheits- und Sozialwesen	92,6	2.880
🚗 Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	90,8	1.419
⚡ Energieversorgung	89,0	2.882
...		
🍷 Gastgewerbe	11,6	2.701

Inflationsausgleichsprämie: steuer- und sozialabgabenfreie Sonderzahlung bis zu einer Höhe von 3.000 Euro, die zwischen Oktober 2022 und Ende 2024 als Gesamtbetrag oder gestaffelt ausgezahlt werden konnte

Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2025 IW Medien / iwd

iwd